

No. 37807

**Germany
and
Italy**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Italian Republic concerning the collection of social security contributions. Berlin, 3 April 2000

Entry into force: *23 January 2001 by notification, in accordance with article 10*

Authentic texts: *German and Italian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 23 November 2001*

**Allemagne
et
Italie**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la République italienne relatif à la perception et au recouvrement des cotisations de la sécurité sociale. Berlin, 3 avril 2000

Entrée en vigueur : *23 janvier 2001 par notification, conformément à l'article 10*

Textes authentiques : *allemand et italien*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 23 novembre 2001*

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Italienischen Republik

über

die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen

der Sozialen Sicherheit

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Italienischen Republik -**

in dem Wunsch, den zuständigen Trägern beider Vertragsparteien die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu ermöglichen,

in dem Bestreben, die Anwendung des Artikels 92 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 über die Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörigen, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, zu regeln -

sind wie folgt übereingekommen.

Artikel 1

Dieses Abkommen regelt die Einziehung und Beitreibung aller Beiträge, die im Rahmen der in Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bezeichneten Systeme der Sozialen Sicherheit einer der beiden Vertragsparteien von natürlichen oder juristischen Personen oder von Gesellschaften geschuldet werden, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, dort ihren Sitz haben oder Vermögenswerte besitzen

Artikel 2

Im Sinne dieses Abkommens bedeutet

a) „zuständige Behörde“

die in Artikel 1 Buchstabe I) der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 bezeichnete Behörde;

b) „zuständiger Träger“

- in Bezug auf die Italienische Republik

die Stelle von INPS, an die die Beiträge zu zahlen sind,

- in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

der deutsche Versicherungsträger, an den die Beiträge zu zahlen sind, ein Träger gilt auch für die Beiträge als zuständig, die er für die Träger anderer Versicherungsweige einzuziehen und beizutreiben hat.

c) „ersuchter Träger“

in Bezug auf die Italienische Republik für alle Beiträge, die einem deutschen Träger geschuldet werden

die Stelle von INPS, in deren Bezirk die natürliche oder juristische Person oder die Gesellschaft, die den Beitrag schuldet, sich aufhält, ihren Sitz hat oder Vermögenswerte besitzt;

- in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland für alle Beiträge, die einem italienischen Träger geschuldet werden:

das Hauptzollamt, in dessen Bezirk die natürliche oder juristische Person oder die Gesellschaft, die den Beitrag schuldet, sich aufhält, ihren Sitz hat oder Vermögenswerte besitzt:

d) „Verbindungsstelle“

- für die Italienische Republik

die Nationale Sozialversicherungsanstalt (Istituto Nazionale della Previdenza Sociale - INPS -), Direzione Generale, Rom,

- für die Bundesrepublik Deutschland

die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland (DVKA), Bonn;

e) „Beiträge“

auf italienischer Seite

Beiträge sowie Zusatzkosten, Säumniszuschläge, Zwangsgelder, Geldbußen, Zinsen, Einziehungskosten, Gerichts- und Anwaltskosten,

- auf deutscher Seite:

Beiträge sowie Säumniszuschläge, Zwangsgelder, Geldbußen, Zinsen und Einziehungskosten.

Artikel 3

(1) Die rechtskräftig festgesetzten und im Hoheitsgebiet des zuständigen Tragers für beiziehbar erklärten Beiträge können im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß Art. 92 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eingezogen und beigetrieben werden.

(2) Die Forderung, die eingezogen oder beigetrieben werden soll, hat die gleichen Sicherungen und Vorrechte wie eine Forderung gleicher Art eines Tragers im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Einziehung oder Beitreibung erfolgt.

(3) Absatz 1 gilt nur für Beiträge, die 500 Euro übersteigen.

Artikel 4

(1) Der ersuchte Trager leistet dem zuständigen Trager bei der Einziehung und Beitreibung der ausstehenden Beiträge Amtshilfe.

(2) Die Amtshilfe umfasst insbesondere die Einziehung auf gutlichem Wege, die Beitreibung unter Einbeziehung etwaiger administrativer und gerichtlicher Verfahren, die Sicherungsmaßnahmen sowie jede notwendige Information über die Verhältnisse des Schuldners.

Artikel 5

(1) Die Vollstreckung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erfolgt auf Antrag des zuständigen Trägers gemäß dem administrativen und gerichtlichen Verfahren für die Einziehung von Beiträgen in dem ersuchten Staat.

(2) Der zuständige Träger sendet den Antrag auf Amtshilfe über die eigene Verbindungsstelle an die Verbindungsstelle des anderen Staates. Diese Verbindungsstelle leitet den Antrag an den ersuchten Träger weiter.

(3) Der zuständige Träger fügt dem Antrag folgendes bei.

- a) eine beglaubigte, vollständige Kopie der Entscheidung des Gerichts, der Verwaltungsbehörde oder der sonstigen vollstreckbaren Urkunden, in denen die geschuldeten Beiträge festgesetzt sind;
- b) eine Bescheinigung, in der vermerkt sein muss, dass die Entscheidung rechtskräftig, die Forderung beitreibbar und alle im eigenen Hoheitsgebiet getroffenen Maßnahmen zur Einziehung oder Beitreibung erfolglos geblieben sind,
- c) ein Dokument, in dem vermerkt sein muss, dass der Antragsgegner im Falle eines Urteils in Abwesenheit ordnungsgemäß geladen worden ist, sofern dies nicht aus dem Urteil selbst hervorgeht,
- d) eine offizielle Übersetzung des Urteils und der unter den vorstehenden Buchstaben bezeichneten Unterlagen in der Sprache des Staates, in dem die Vollstreckung beantragt wird.

(4) Der ersuchte Träger kann den Antrag auf Amtshilfe ablehnen, wenn der zuständige Träger im eigenen Hoheitsgebiet nicht alle Einziehungs- oder Beitreibungsmöglichkeiten gegen den Schuldner erschöpft hat.

Artikel 6

(1) Der ersuchte Träger erbringt die Amtshilfe gemäß Artikel 4 bei der Einziehung und Beitreibung der Beiträge so, als ob es sich um die Einziehung und Beitreibung eigener Beitragsforderungen handelte.

(2) Das Verfahren, die Art und Weise der Einziehung und Beitreibung der Forderungen sowie die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen richten sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der ersuchte Träger seinen Sitz hat

(3) Der ersuchte Träger überweist zum Schluss eines Kalenderhalbjahres die bis dahin eingegangenen Beiträge an den zuständigen Träger, auch im Falle einer Ratenzahlung.

(4) Die Überweisungskosten gehen zu Lasten des zuständigen Trägers

Artikel 7

Urkunden und sonstige Unterlagen, die im Rahmen dieses Abkommens dem ersuchten Träger übermittelt werden, dürfen nur den mit der Einziehung von Beiträgen befassten

Verwaltungsstellen oder Behörden ausschließlich zu Einziehungs- und Beitreibungswegen zugänglich gemacht werden in Übereinstimmung mit Art. 84 Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71.

Artikel 8

Die Amtshilfe ist kostenfrei, die Auslagen einschließlich der Rechtswegkosten, die nicht vom Schuldner beglichen werden, sind vom zuständigen Träger zu erstatten. Die zuständigen Behörden können die Erstattung weiterer Kosten oder den Verzicht auf die Erstattung vereinbaren

Artikel 9

Die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängenden Fragen werden erforderlichenfalls von den zuständigen Behörden oder den Verbindungsstellen geregelt

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitteilen, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung

Artikel 11

Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres vom Tag des Inkrafttretens an geschlossen. Es gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern es nicht von einer Vertragspartei spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Buln am 3. April 2000 in zwei Urschriften:
jede in deutscher und italienischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist

Zur Urkund dessen haben die von ihren Regierungen ordnungsgemäß ermächtigten Vertreter dieses Abkommen unterzeichnet

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung der
Italienischen Republik

Rei ...

... ..

...

Accordo

tra

il Governo della Repubblica Federale di Germania

ed

il Governo della Repubblica Italiana

sul recupero e sul recupero forzoso dei contributi

di sicurezza sociale

Il Governo della Repubblica Federale di Germania
ed
il Governo della Repubblica Italiana -

desiderosi di consentire il recupero ovvero il recupero forzoso dei contributi di sicurezza sociale alle Istituzioni competenti di ciascuna delle due Parti contraenti sul territorio dell'altra Parte contraente,

nell'intento di definire le modalità di applicazione dell'articolo 92 del Regolamento (CEE) Nr. 1408/71 del Consiglio, del 14 giugno 1971, relativo all'applicazione dei regimi di sicurezza sociale ai lavoratori subordinati e autonomi ed ai loro familiari che si spostano all'interno della Comunità -

hanno concordato quanto segue:

Articolo 1

Il presente Accordo disciplina il recupero ovvero il recupero forzoso di tutti i contributi che, nel quadro dei regimi di sicurezza sociale di cui all'art. 4 del Regolamento (CEE) Nr. 1408/71, sono dovuti ad una delle due Parti contraenti da persone fisiche o giuridiche oppure da società che si trovano sul territorio dell'altra Parte contraente, che hanno colà la propria sede o che vi posseggano dei beni

Articolo 2

Ai sensi del presente Accordo

ai "Autorità competente" designa

l'Autorità indicata all'art. 1, lettera l) del Regolamento (CEE) Nr. 1408/71;

b) "Istituzione competente" designa

- per quanto riguarda la Repubblica Italiana:

la sede dell'INPS a cui sono dovuti i contributi;

- per quanto riguarda la Repubblica Federale di Germania:

l'istituzione di assicurazione tedesca cui sono dovuti i contributi; una istituzione è parimenti considerata competente per i contributi che essa è tenuta a recuperare ovvero a recuperare forzosamente per conto di istituzioni di altri regimi assicurativi;

c) "Istituzione richiesta" designa

- per quanto riguarda la Repubblica Italiana, per tutti i contributi che sono dovuti ad una istituzione tedesca:

la sede dell'INPS nella cui circoscrizione la persona fisica o giuridica oppure la società debitrice dei contributi si trova, ha la propria sede o possiede dei beni,

per quanto riguarda la Repubblica Federale di Germania, per tutti i contributi che sono dovuti ad una istituzione italiana

l'Ufficio Centrale delle Dogane (Hauptzollamt) nella cui circoscrizione la persona fisica o giuridica oppure la società debitrice dei contributi si trova, ha la propria sede o possiede dei beni.

d) "Organismo di collegamento" designa

- per la Repubblica Italiana.

- per la Repubblica Federale di Germania:

il Centro tedesco di collegamento per l'assicurazione malattia - Estero (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland) (DVKA), Bonn;

e) "contributi" designa

- da parte italiana:

i contributi come pure le somme aggiuntive, le indennità di mora, le sanzioni, le ammende, gli interessi, le spese di recupero, i diritti e gli onorari,

- da parte tedesca.

i contributi come pure le indennità di mora, le sanzioni, le ammende, gli interessi e le spese di recupero

Articolo 3

1) I contributi definitivamente determinati e accertati come recuperabili forzosamente sul territorio dell'Istituzione competente, possono essere recuperati o recuperati forzosamente sul territorio dell'altra Parte contraente, ai sensi dell'art. 92 del Regolamento (CEE) n. 1408/71.

2) Il credito che forma oggetto di un recupero ovvero di un recupero forzoso è protetto dalle stesse garanzie e privilegi applicabili ad un credito della stessa natura di una istituzione ubicata sul territorio della Parte contraente in cui ha luogo il recupero ovvero il recupero forzoso.

3) Il comma 1 si applica solo se i crediti superano l'importo di 500 Euro

Articolo 4

- 1) L'Istituzione richiesta dovrà prestare all'Istituzione competente la propria collaborazione amministrativa nel recupero ovvero recupero forzoso dei contributi.

- 2) La collaborazione amministrativa comprende in particolare il recupero in via amichevole, il recupero forzoso ivi comprese le eventuali procedure amministrative e giudiziarie connesse, le misure conservative e ogni utile informazione sulla situazione del debitore.

Articolo 5

- 1) L'esecuzione nel territorio dell'altro Stato contraente avviene a richiesta dell'Istituzione competente, ai sensi della procedura amministrativa e giurisdizionale vigente in materia di recupero di contributi nello Stato richiesto

- 2) L'Istituzione competente trasmette la domanda di collaborazione amministrativa per il tramite del proprio organismo di collegamento all'organismo di collegamento dell'altro Stato. Quest'ultimo trasmette la domanda all'Istituzione richiesta

- 3) L'Istituzione competente trasmette la domanda corredata da
 - a) la copia autentica ed integrale della decisione dell'autorità giudiziaria, dei provvedimenti amministrativi o degli altri atti aventi efficacia esecutiva che accertino i contributi dovuti,

 - b) l'attestazione comprovante che la decisione è definitiva, che il credito è recuperabile forzosamente e che sono state esperite senza esito sul proprio territorio tutte le azioni di recupero o di recupero forzoso,

- c) un documento comprovante, in caso di sentenza contumaciale, che il convenuto è stato regolarmente citato, salvo che ciò non risulti dalla sentenza stessa;
 - d) la traduzione ufficiale della sentenza e dei documenti indicati nelle lettere precedenti nella lingua dello Stato ove viene chiesta l'esecuzione.
- 4) L'Istituzione richiasta può rigettare la domanda di collaborazione amministrativa, se l'Istituzione competente non ha esperito sul proprio territorio tutte le possibili azioni di recupero o recupero forzoso nei confronti della parte debitrice

Articolo 6

- 1) L'Istituzione richiasta presta la collaborazione amministrativa, ai sensi dell'articolo 4, per il recupero ovvero il recupero forzoso dei contributi come se si trattasse del recupero ovvero del recupero forzoso dei propri crediti contributivi
- 2) La procedura e le modalità del recupero ovvero del recupero forzoso dei contributi, nonché le misure conservative necessarie, sono quelle previste dalla legislazione della Parte contraente sul cui territorio l'Istituzione richiasta ha la sua sede
- 3) L'Istituzione richiasta trasferisce alla fine di ogni semestre solare all'Istituzione competente, tutti i contributi riscossi fino a quel momento, anche in caso di pagamento rateale
- 4) I costi di trasferimento sono a carico dell'Istituzione competente

Articolo 7

Gli atti e gli altri documenti che, nel quadro del presente Accordo, vengono trasmessi all'Istituzione richiesta, possono essere utilizzati solo da Autorità o da organismi amministrativi incaricati del recupero dei contributi ed esclusivamente ai fini del recupero ovvero del recupero forzoso, secondo quanto previsto dall'art. 84 c. 5 del Regolamento (CEE) Nr. 1408/71.

Articolo 8

La collaborazione amministrativa è gratuita, le spese ivi comprese le competenze legali, non recuperate dal debitore sono rimborsate dall'Istituzione competente. Le Autorità competenti potranno accordarsi sulla restituzione di altre spese o sulla rinuncia ad ogni rimborso.

Articolo 9

Le Autorità competenti ovvero gli organismi di collegamento regoleranno le questioni che dovessero insorgere relativamente all'applicazione del presente Accordo

Articolo 10

Il presente Accordo entrerà in vigore alla data in cui le due Parti contraenti si saranno reciprocamente informate sull'avvenuto espletamento delle procedure interne previste per l'approvazione. La data di entrata in vigore dell'Accordo sarà quella del ricevimento dell'ultima delle due comunicazioni

Articolo 11

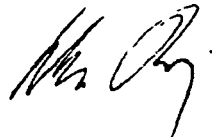
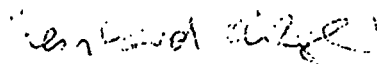
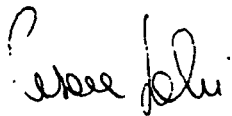
Il presente Accordo è concluso per la durata di un anno a decorrere dalla sua entrata in vigore. Esso sarà rinnovato tacitamente di anno in anno, salvo che almeno tre mesi prima della scadenza non venga denunciato per iscritto da una delle due Parti

Fatto a Berlino il 3 aprile 2007 in due originali, ciascuno nella lingua italiana e tedesca, entrambi i testi facenti ugualmente fede

In fede di che i sottoscritti Rappresentanti, debitamente autorizzati dai rispettivi Governi, hanno firmato il presente Accordo

Per il Governo della
Repubblica Federale di Germania

Per il Governo della
Repubblica Italiana



[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE ITALIAN REPUBLIC CONCERNING THE COLLECTION AND ENFORCED COLLECTION OF SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Italian Republic

Desiring to make it possible for the competent institutions of both Contracting Parties to collect or enforce payment of social security contributions in the territory of the other Contracting Party,

With the intent of establishing procedures for the implementation of article 92 of Regulation (EEC) No. 1408/71 of the Council on the application of social security schemes to employed persons and their families moving within the Community,

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement governs the collection and enforced collection of all contributions payable to one of the two Contracting Parties under the branches of social security referred to in article 4 of Regulation (EEC) No. 1408/71 by natural or legal persons or companies who reside, have their registered office or own property in the territory of the other Contracting Party.

Article 2

For the purposes of this Agreement,

(a) "Competent authority" means the authority mentioned in article 1, subparagraph (l), of Regulation (EEC) No. 1408/71;

(b) "Competent institution" means

- In the case of the Italian Republic, the office of the National Social Insurance Institute [Istituto Nazionale della Previdenza Sociale] (INPS) to which the contributions are payable;

- In the case of the Federal Republic of Germany, the German insurance institution to which the contributions are payable; an institution is also considered competent with respect to the contributions that it is responsible for collecting or enforcing payment of on behalf of institutions in other branches of insurance;

(c) "Requested institution" means

- In the case of the Italian Republic, for all contributions payable to a German institution, the INPS office in whose district the natural or legal person or company who owes the contribution is residing, has its registered office or owns property;

- In the case of the Federal Republic of Germany, for all contributions payable to an Italian institution, the Central Customs Office [Hauptzollamt] in whose district the natural or legal person or company who owes the contribution is residing, has its registered office or owns property;

(d) "Liaison office" means

- In the case of the Italian Republic, the head office of the National Social Insurance Institute [Istituto Nazionale della Previdenza Sociale, Direzione Generale] (INPS) in Rome;

- In the case of the Federal Republic of Germany, the German Liaison Office for Sickness Insurance - Foreign Countries [Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland] (DVKA) in Bonn;

(e) "Contributions" means

- On the Italian side, contributions together with supplemental costs, late charges, penalties, fines, interest, collection charges, court costs and legal fees;

- On the German side, contributions together with late charges, penalties, fines, interest and collection charges.

Article 3

(1) Contributions finally determined and declared subject to enforced collection in the territory of the competent institution may be collected or payment thereof enforced in the territory of the other Contracting Party in accordance with article 92 of Regulation (EEC) No. I408/71.

(2) The claim subject to collection or enforced collection shall enjoy the same guarantees and privileges applicable to a claim of a similar nature of an institution located in the territory of the Contracting Party in which the collection or enforced collection is carried out.

(3) Paragraph I shall apply only for contributions exceeding 500 euros.

Article 4

(1) The requested institution shall furnish the competent institution with administrative assistance in the collection or enforced collection of outstanding contributions.

(2) Administrative assistance shall comprise in particular amicable collection, enforced collection including any related administrative and judicial proceedings, preservation measures and any relevant information about the circumstances of the debtor.

Article 5

(1) Execution in the territory of the other Contracting Party shall be carried out at the request of the competent institution in accordance with the administration and judicial procedures applicable to the collection of contributions in the requested State.

(2) The competent institution shall transmit the request for administrative assistance through its own liaison office to the liaison office of the other State. The latter shall transmit the request to the requested institution.

(3) The competent institution shall transmit the request accompanied by:

(a) A complete certified copy of the decision of the court or administrative authority or other enforceable instrument determining the amount of the payable contributions;

(b) A certificate attesting that the decision is final, that the claim is subject to enforced collection and that all collection or enforced collection measures have been taken within its own territory without success;

(c) In the case of a judgement by default, a document attesting that the defendant was duly summoned, if the judgement itself does not so indicate;

(d) An official translation of the judgement and the documents mentioned in the foregoing subparagraphs into the language of the State where execution is requested.

(4) The requested institution may refuse the request for administrative assistance if the competent institution has not exhausted all possible means of collection or enforced collection from the debtor in its own territory.

Article 6

(1) The requested institution shall provide the administrative assistance indicated in article 4 in the collection or enforced collection of contributions as if the matter involved the collection or enforced collection of its own claims for contributions.

(2) The procedure and means of collection and enforced collection of contributions and the necessary preservation measures shall be as governed by the legislation of the Contracting Party in whose territory the requested institution is situated.

(3) At the end of a calendar half-year, the requested institution shall remit to the competent institution the contributions received up to that point, including in the case of instalment payments.

(4) The remittance costs shall be borne by the competent institution.

Article 7

The instruments and other documents that are transmitted to the requested institution under this agreement may be used only by the authorities or administrative agencies responsible for collecting the contributions and solely for the purposes of collection or enforced collection, in keeping with article 84, paragraph 5, of Regulation (EEC) No. 1408/71.

Article 8

Administrative assistance shall be furnished free of charge; outlays, including court costs, not recovered from the debtor shall be reimbursed by the competent institution. The

competent authorities may come to an agreement as to the reimbursement of other expenses or the waiver of reimbursement.

Article 9

Any questions that may arise concerning the implementation of this Agreement shall be settled by the competent authorities or the liaison offices.

Article 10

This Agreement shall enter into force on the date on which the two Contracting Parties have notified each other that their domestic requirements for its entry into force have been fulfilled. The date of entry into force shall be the date on which the last such notification is received.

Article 11

This Agreement is concluded for the duration of one year from its entry into force. It shall be tacitly renewed from year to year unless denounced in writing by either of the Parties no later than three months prior to the expiration of the annual term.

Done in Berlin on 3 April 2000 in two originals, each in the German and Italian languages, both texts being equally authentic.

In witness whereof the undersigned representatives, duly authorized by their Governments, have signed this Agreement.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

DR. REINHARD HILGER
Walter Riester

For the Government of the Italian Republic:

CESARE SALVI

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE ITALIENNE RELATIF À LA PERCEPTION ET LE RE-
COUVREMENT DES COTISATIONS DE LA SÉCURITÉ SOCIALE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République italienne,

Désireux de permettre aux caisses d'assurance compétentes de chacune des deux Parties contractantes de percevoir et de recouvrer les cotisations de sécurité sociale sur le territoire de l'autre Partie,

Soucieux de régler l'application de l'article 92 du Règlement (CEE) No 1408/71 du Conseil en date du 14 juin 1971 relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés et à leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord règle la perception et le recouvrement de tous les montants qui, dans le cadre des régimes de sécurité sociale de l'une des Parties contractantes visés à l'article 4 du Règlement (CEE) No 1408/71 sont dus par des personnes physiques ou morales ou des sociétés qui séjournent sur le territoire de l'autre Partie contractante, y ont leur siège ou y possèdent des biens.

Article 2

Au sens du présent Accord, on entend par

a) " Autorité compétente "

l'autorité visée à l'alinéa 1) de l'article premier du Règlement (CEE) No 1408/71;

b) " Caisse compétente "

- en ce qui concerne la République italienne, l'agence de l'INPS à laquelle les cotisations sont dues;

- en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, la caisse de sécurité sociale allemande à laquelle les cotisations doivent être payées; une caisse est réputée compétente aussi dans le cas des cotisations qu'elle doit percevoir et recouvrer pour les caisses d'autres régimes de sécurité sociale;

c) " Caisse requise "

- en ce qui concerne la République italienne, pour toutes les cotisations qui sont dues à une caisse allemande l'agence de l'INPS du district dans lequel la personne physique ou morale ou la société débitrice séjourne, a son siège ou possède des biens;

- en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, pour toutes les cotisations dues à une caisse italienne le service central des douanes (Hauptzollamt) dans la circon-

scription duquel la personne physique ou morale ou la société débitrice séjourne, a son siège ou possède des biens;

d) “ organe de liaison ”

- dans le cas de la République italienne la direction générale de l'Institut national de sécurité sociale (Direzione Generale -Istituto Nazionale della Previdenza Sociale-INPS), à Rome;

- dans le cas de la République fédérale d'Allemagne le service de liaison pour l'étranger de la sécurité sociale allemande (Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung-Ausland-DVKA), à Bonn ;

e) “Cotisations ”

- du côté italien les cotisations ainsi que les majorations, les pénalités de retard, les sanctions, les amendes, les intérêts, les frais de recouvrement, les frais de justice et les honoraires d'avocats,

- du côté allemand les cotisations ainsi que les pénalités de retard, les sanctions, les amendes, les intérêts et les frais de recouvrement.

Article 3

1) Les cotisations qui ont fait l'objet d'un calcul final et ont été déclarées percevables sur le territoire de la caisse compétente peuvent être perçus et recouvrés sur le territoire de l'autre Partie contractante au sens de l'article 92 du Règlement (CEE) n 1408/71

2) Le crédit qui doit être perçu ou recouvré est protégé par les mêmes garanties et privilèges que ceux qui sont applicables aux crédits de même nature d'une caisse sur le territoire de la Partie contractante où a lieu la perception ou le recouvrement.

3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent qu'aux montants supérieurs à 500 euros.

Article 4

1) La caisse requise accorde une entraide administrative à la caisse compétente pour la perception et le recouvrement des montants dus.

2) L'entraide administrative s'étend en particulier au recouvrement à l'amiable, au recouvrement au moyen d'éventuelles procédures administratives et judiciaires, aux mesures conservatoires et à toute information utile sur la situation du débiteur.

Article 5

1) L'exécution sur le territoire de l'autre Partie contractante a lieu à la demande de la caisse compétente conformément aux procédures administratives et judiciaires applicables au recouvrement de montants sur le territoire de la Partie contractante requise.

2) La caisse compétente transmet la demande d'entraide administrative par l'intermédiaire de son propre organe de liaison à l'organe de liaison de l'autre Partie contractante qui transmet la demande à la caisse requise.

3) La caisse compétente joint à la demande :

a) une copie certifiée conforme et intégrale de la décision de l'autorité judiciaire, des autorités administratives ou des autres pièces exécutoires dans lesquelles les montants dus sont spécifiés,

b) une attestation selon laquelle la décision est définitive et exécutoire, le montant est recouvrable et toutes les mesures prises sur le territoire de la caisse requérante pour percevoir ou recouvrer le montant sont restées sans effet,

c) une pièce précisant qu'en cas de décision rendue par défaut, la personne à laquelle le montant est réclamé a été citée régulièrement à comparaître, pour autant que la décision ne l'indique pas,

d) une traduction officielle de la décision et des pièces visées aux alinéa a) à c) du présent paragraphe dans la langue de la Partie contractante requise

4) La caisse requise peut rejeter la demande d'entraide administrative si la caisse compétente n'a pas épuisé tous les recours et possibilités de perception et de recouvrement sur son propre territoire.

Article 6

1) La caisse requise accorde l'entraide visée à l'article 4 du présent Accord pour la perception ou le recouvrement des montants tout comme s'il s'agissait de la perception ou du recouvrement de montants dus à elle-même.

2) Les règles et modalités de perception et de recouvrement des cotisations de même que les mesures conservatoires nécessaires sont déterminées par la législation de la Partie contractante sur le territoire de laquelle la caisse requise a son siège.

3) À la fin de chaque semestre civil, la caisse requise transfère toutes les cotisations perçues à cette date à la caisse compétente, même en cas de paiement échelonné.

4) Les frais de transfert sont à la charge de la caisse compétente.

Article 7

Les pièces et autres documents qui, dans le cadre du présent Accord, sont transmis à la caisse requise, ne peuvent être communiqués que par l'autorité ou les organismes administratifs chargés de percevoir les cotisations et aux fins de la perception ou du recouvrement, conformément aux dispositions du paragraphe 5 de l'article 84 du Règlement (CEE) no 1408/71.

Article 8

L'entraide administrative est gratuite, les frais y compris les frais de justice qui ne sont pas acquittés par le débiteur sont remboursés par la caisse compétente. Les autorités compétentes peuvent convenir de rembourser d'autres frais ou renoncer à ce remboursement.

Article 9

Les questions liées à l'exécution du présent Accord seront réglées au besoin par les autorités ou les services de liaison compétents.

Article 10

Le présent Accord entrera en vigueur à la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifié que les conditions prévues à cette fin par leur droit interne sont remplies. La date d'entrée en vigueur sera celle de la réception de la deuxième des notifications.

Article 11

Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an à compter de la date de son entrée en vigueur. Cette période sera prorogée par reconduction tacite d'année en année à moins que l'une des Parties contractantes ne dénonce le présent Accord par écrit à l'autre avec un préavis de trois mois avant la fin d'une période d'un an.

Fait à Berlin le 3 avril 2000, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et italienne, les deux textes faisant également foi.

En foi de quoi les plénipotentiaires, à ce dûment autorisés par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

REINHARD HILGER

WALTER RIESTER

Pour le Gouvernement de la République italienne :

CESARE SALVI